

Trinkgeld-Debatte: Steiner schockiert über NEOS-Wende!

FPÖ-Chef Steiner kritisiert NEOS zur Diskussion über abgabenfreies Trinkgeld; Forderungen und politische Spannungen am 18.06.2025.



Wien, Österreich - Die Debatte um Trinkgelder in Österreich hat in den letzten Wochen an Intensität gewonnen. FPÖ-Tourismussprecher Christoph Steiner hat die NEOS-Abgeordneten kritisiert, insbesondere Michael Bernhard, der kürzlich eine parlamentarische Petition zur Abgabefreiheit von Trinkgeldern angekündigt hat. Steiner wies darauf hin, dass Bernhard erst vor weniger als sechs Wochen gegen einen FPÖ-Antrag gestimmt hat, der eine hundertprozentige Abgabefreiheit auf Trinkgelder forderte. Dieser Antrag wurde am 24. April in der 17. Sitzung des Nationalrats eingebracht und von allen anderen Parteien, einschließlich der NEOS, abgelehnt. Steiner bezeichnete Bernhards Vorstoß als unehrlich und versteht ihn als Beleg für die scheinheilige Politik der NEOS.

In seinen Äußerungen betont Steiner seine kontinuierliche Unterstützung für die Idee von abgabefreien Trinkgeldern. Unter dem Motto „Finger weg vom Trinkgeld!“ habe er sich für die Anliegen der Gastronomie und des Dienstleistungssektors eingesetzt. Trinkgeld sei eine freiwillige Anerkennung der erbrachten Leistungen und sollte daher nicht als Grundlage für Steuer und Abgaben dienen. Sein scharfer Ton richtet sich nicht nur gegen einzelne Politiker, sondern auch gegen die vermeintliche späte Einsicht der NEOS, die er als unsozial und wirtschaftsfeindlich wertet. Steiner kündigte zudem an, einen weiteren Antrag zur Abgabefreiheit einzubringen.

Rechtliche Rahmenbedingungen von Trinkgeldern

In Österreich sind Trinkgelder grundsätzlich abgabepflichtig, was bedeutet, dass Arbeitgeber verpflichtet sind, Sozialversicherungsbeiträge und Steuern zu zahlen. Allerdings gibt es auch abgabefreie Pauschalbeträge, die je nach Berufsgruppe und Bundesland unterschiedlich sind. Für Kellner:innen in Wien liegt der abgabefreie Betrag bei 58,86 Euro, ein Wert, der vor 20 Jahren festgelegt wurde. Die Handhabung der Trinkgelder hat sich mit der Einführung der Registriertassenpflicht und der steigenden Nutzung von Kartenzahlungen verändert. Die Österreichische Gesundheitskasse (ÖGK) kontrolliert betroffene Betriebe und stellt Nachforderungen, wenn die Vorschriften nicht eingehalten werden.

Eine Evaluierung der Trinkgeldpauschale wird von der ÖVP-SPÖ-Neos-Regierung in Betracht gezogen. Finanzminister Markus Marterbauer (SPÖ) äußerte Bedenken, dass eine Abschaffung der Abgaben das soziale System beeinträchtigen könnte. Darüber hinaus macht Ökonom Oliver Picek deutlich, dass die Diskussion über Trinkgeld nicht isoliert betrachtet werden sollte; vielmehr müsse auch über faire Löhne gesprochen werden.

Umfrage und Trinkgeldkultur in Österreich

In Österreich gibt es keine tief verwurzelte Trinkgeldkultur; Trinkgelder sind grundsätzlich freiwillig. Eine Umfrage ergab, dass 72 Prozent der Befragten häufig Trinkgeld geben, wobei die meisten dies in der Gastronomie tun (87 Prozent). Üblich sind Trinkgelder von etwa 10 Prozent oder das Aufrunden des Betrages. Die Trinkgeldoptionen an Kartenterminals schaffen mehr Transparenz bei Zahlungen in Dienstleistungs- und Gastroberufen.

Die steuerliche Behandlung von Trinkgeldern hängt von mehreren Faktoren ab. Um von der Einkommensteuer befreit zu sein, müssen die Trinkgelder orts- und branchenüblich sowie freiwillig gezahlt werden. Trinkgelder, die an den Arbeitgeber gehen, hingegen sind steuerpflichtige Einnahmen. Die rechtliche Einschätzung zu Trinkgeldern erfordert also eine eingehende Prüfung. Nur wenn alle Voraussetzungen erfüllt sind, sind Trinkgelder von Lohnsteuer, Dienstgeberbeitrag und Kommunalsteuer befreit.

Die anhaltende Diskussion um die steuerliche Behandlung von Trinkgeldern zeigt, dass viele Akteure, sowohl in der Politik als auch in der Wirtschaft, ein Interesse an einer Klärung und möglichen Reform der bestehenden Regelungen haben. Der Druck auf die Entscheidungsträger wächst, wobei Steiner und die FPÖ die Debatte aktiv vorantreiben. [ots.at](https://www.ots.at) berichtet, dass Steiner plant, die NEOS mit ihren eigenen Aussagen zu konfrontieren, während die Diskussion über die Zukunft des Trinkgeldes in Österreich weiterhin an Fahrt gewinnt.

Insgesamt bleibt abzuwarten, in welche Richtung sich die rechtlichen Rahmenbedingungen für Trinkgelder entwickeln werden. Der Ruf nach abgabenfreien Trinkgeldern könnte, abhängig von der politischen Diskussionslage, sowohl Unterstützung als auch Widerstand hervorrufen. Auf [wienerzeitung.at](https://www.wienerzeitung.at) werden die aktuellen Entwicklungen verfolgt, während die steuerliche Behandlung auf einer Plattform wie

lbg.at vertieft beleuchtet wird.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Wien, Österreich
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.ots.at• www.wienerzeitung.at• www.lbg.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at